

Pressemitteilung

Nebenschauplätze einstellen – Transformation der Ernährungswende vorantreiben

AöL fordert politischen Fokus auf Wesentlichkeiten

Bad Brückenau, 15. Dezember 2025. Das geplante EU-Verbot für Begriffe wie „Veggie-Wurst“ oder „Pflanzen-Burger“ bleibt umstritten: Ein neues Rechtsgutachten erklärt ein Nutzungsverbot solcher Begriffe für unverhältnismäßig, die EU verschiebt ihre Entscheidung. Für Herstellerinnen und Hersteller pflanzlicher Produkte besteht weitere Rechtsunsicherheit. Die AöL (Assoziation ökologischer Lebensmittelherstellerinnen und -hersteller) fordert klare Rahmenbedingungen und wissenschaftsbasiertes Handeln.

Im Oktober 2025 hatte das EU-Parlament überraschend einem Verbotsantrag zur Nutzung von Begriffen wie „Würstchen“, „Schnitzel“ oder „Burger“ für vegane und vegetarische Produkte zugestimmt. In Deutschland hatte sich eine breite Allianz der Lebensmittelindustrie gegen das Verbot stark gemacht. Deutschland ist mit 121.600 Tonnen auf Platz 1 in der Produktion von Fleischersatzprodukten. Auch der Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, Alois Rainer hatte sich gegen ein Verbot ausgesprochen, da es hohe Kosten für die Wirtschaft und Bürokratie verursache.

Das Rechtsgutachten von Food Watch unterstreicht noch einmal, dass ein Verbot der Begriffsnutzung gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstöße. Darüber hinaus sei eine Täuschung nicht anzunehmen. Verbrauchertäuschung ist eines der Argumente, das immer wieder angeführt wird, für das es aber bis heute keinerlei wissenschaftliche Begründung gibt. Vielmehr werden vegane oder vegetarische Produkte deutlich als solche gekennzeichnet und aus eben diesem Grund von Verbraucherinnen und Verbrauchern gekauft.

Die AöL hatte sich bereits 2020 mit Erfolg gegen ein Verbot eingesetzt. Eine Ernährungsumgebung, die eine stärker pflanzenbetonte, ökologische Ernährung fördere, sei schließlich Teil des Grünen Deals und konsequenter Schritt hin zu einem wettbewerbsfähigen Europa. „Die Folgekosten für unser heutiges Nicht-Handeln werden viele Generationen nach uns bezahlen müssen“, so Alexander Bauer, Vorstand und Sprecher des Arbeitskreis Pflanzliche Ernährung der AöL. „Die Politik muss endlich den Kulturmampf beenden und wissenschaftsbasiert die Transformation vorantreiben.“

In der Trilog-Sitzung vom 10.12.2025 wurde eine Entscheidung nun zunächst vertagt. Die AöL mahnt Nebenschauplätze einzustellen und sich auf die wichtige Frage der Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu konzentrieren.

AöL Presseinfo * Veröffentlichung honorarfrei * Um einen Beleg wird gebeten * 2.546 Zeichen

Die **Assoziation ökologischer Lebensmittelherstellerinnen und -hersteller e.V. (AöL)** repräsentiert die Interessen der ökologisch ausgerichteten verarbeitenden Lebensmittelindustrie im deutschsprachigen europäischen Raum. Das Aufgabengebiet der AöL umfasst die politische Interessensvertretung sowie die Förderung von Austausch und Kooperation unter den Mitgliedern.

Die knapp 130 AöL-Unternehmen, von klein- und mittelständischen bis hin zu international tätigen Betrieben, erwirtschaften einen Umsatz von über 5 Milliarden Euro mit biologischen Lebensmitteln. Die AöL ist in sämtlichen Belangen der ökologischen Lebensmittelverarbeitung Gesprächspartner für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien.

Pressekontakt:

Anna Wimmer | Anne Baumann

Assoziation ökologischer Lebensmittelherstellerinnen und -hersteller e.V.

Untere Badersgasse 8 | 97769 Bad Brückenau | Tel: +49 9741 93332 – 17 / – 24

anna.wimmer@aoel.org | anne.baumann@aoel.org | www.aoel.org